

In 30 Jahren: Von der Hilfe zur Kooperation

Rückblick und Bilanz zum 30. Jahrestag der demokratischen Neueröffnung der Leipziger Universität / 2. Teil: Antifaschistisch-demokratische Neugeburt 1946-1949

Von Dr. Dietmar Keller, Sekretär der SED-Kreisleitung

Mit dem Akt der demokratischen Neueröffnung war wohl eine wesentliche, aber nicht die entscheidende Frage der Entwicklung der Universität zu einer wahrhaft antifaschistischen Bildungsstätte entschieden. Universitätsleitung und Fakultätsleitung wurden noch weitgehend von konservativen und reaktionären Kräften beherrscht, die nichts unversucht ließen, das Rad der Geschichte aufzuhalten, um dem Marxismus-Leninismus als Weltanschauung der Arbeiterklasse und seinen Vertretern den Zugang zur Universität zu versperrten. Sie unterließen die Berufung von marxistischen Wissenschaftlern, die während der faschistischen Diktatur verfolgt und inhaftiert waren oder in der Emigration den Kampf gegen Faschismus und Krieg geführt hatten, sie verleumdeten die Professoren und Wissenschaftler, die sich in Lehre und Forschung offen zum Marxismus bekannten. Unter diesen Bedingungen war keine Gewähr für die antifaschistisch-demokratische Erziehung und Ausbildung von Studenten und Nachwuchswissenschaftlern gegeben. Die Verankerung der Weltanschauung des Proletariats wurde nach der Neueröffnung der Universität zum entscheidenden Gebot der Stunde, denn es ging nicht darum, das Tausendjährige Reich so schnell und so gründlich wie möglich zu vergessen und vergessen zu machen, um dort fortzuführen, wo man 1933 unliebsam unterbrochen worden war. Es muß der Scheitern aus dem alles bis hinein und hinauf in die Elfenbeintürme höchster Gelehrsamkeit gekrochen war, hermetisch geschlossen werden.¹

Nach eingehender Beratung mit Vertretern der Partei der Arbeiterklasse und bewährten Antifaschisten erließ der Oberste Chef der SMAD am 2. Dezember 1946 den Befehl Nr. 333 über die Einrichtung Gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten an den Universitäten Leipzig, Jena und Rostock.

Mit der Einrichtung Gesellschaftswissenschaftlicher Fakultäten fanden die sich noch in der Minderheit befindenden marxistisch-leninistischen Wissenschaftler an den Universitäten eine feste organisatorische und institutionelle Basis, erhielt die Weltanschauung der Arbeiterklasse eine wissenschaftliche Heimstatt und Kaderschmiede. Das war wohl im Kampf um ein antifaschistisch-demokratisches Hochschulwesen der tiefgehendste Einschnitt und zugleich eine wesentliche Vorbereitung auf dem Weg zur sozialistischen Universität. Das große und unvergängliche historische Verdienst der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leipziger Universität besteht vor allem darin, daß die Partei der Arbeiterklasse mit ihr einen festen Stützpunkt an der Universität besaß, ihre Wissenschaftler und Studenten in der Mehrzahl zu den Vorkämpfern und Wegbereitern des gesellschaftlichen Fortschritts an der Universität gehörten. Unter Führung der im Geiste der Beschlüsse des historischen Vereinigungsparteitag im September 1946 gebildeten zentralen Betriebsgruppe der SED, an deren Spitze u. a. die Genossen Heinz Such, Gerhard Mehnert, Hubert Jusek und Fritz Behrens standen, leistete die Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät nicht zuletzt einen bedeutenden Beitrag bei der Überwindung der alten faschistischen Ideologie und beim schrittweisen Umdenken vieler Universitätsangehöriger. Überwindung der nazistischen Ideologie bedeutete auch, daß humanistische, demokratische und marxistisch-leninistische Literatur an den Universitäten und Hochschulen wieder oder zum ersten Male eine Heimstatt fanden. Der Mehrheit der Wissenschaftler mußte zunächst geholfen werden, ihr Unkenntnis der weltverändernden Lehre von Marx, Engels und Lenin, bzw. ihre Voreingenommenheit gegen sie zu überwinden. Sowjetische Verlage gaben in deutscher Sprache die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus neu heraus, die am 16. Mai 1933 auf dem Opernplatz in Berlin verbrannt worden waren. Das waren zugleich lebenswichtige ge-

stige Waffen in den Händen deutscher Kommunisten und Sozialisten.

Bedeutend war die Tätigkeit des SWA-Verlages und des Verlages der 'Täglichen Rundschau'. Unter Führung der fürsorglichen Hand der SMAD wurde mit der Gründung des KPD-Verlages, des Vorwärts-Verlages der SPD, des Aufbau-Verlages und vieler anderer ein neues, vom Einfluß des Monopolkapitals befreites, antifaschistisch-demokratisches Verlagswesen begründet. Der SWA-Verlag gab 1945/46 eine Reihe grundlegender Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus heraus, so das 'Manifest der Kommunistischen Partei', die 'Kritik des Gothaer Programms', 'Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft', 'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' und 'Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution'.

Der Verlag für fremdsprachige Literatur in Moskau veröffentlichte die ausgewählten Werke Lenins in zwei Bänden in deutscher Sprache.



Große Verdienste erwarb sich die 'Tägliche Rundschau' mit der Veröffentlichung grundsätzlicher Artikel über Marx, Engels und Lenin, mit der Propagierung bedeutender Persönlichkeiten der deutschen Geschichte wie Müntzer, Lessing, Leibniz, Pestalozzi, Goethe, Heine, Becher und Weinert, die von der imperialistischen und faschistischen Reaktion entweder totgeschwiegen, verurteilt oder deren Bücher verbrannt worden waren.

Doch auch darin beschränkte sich die ideologische Arbeit und Hilfe der Kultur- und Bildungsorgane der SMAD zur Überwindung der nazistischen Ideologie bedeutete auch, daß humanistische, demokratische und marxistisch-leninistische Literatur an den Universitäten und Hochschulen wieder oder zum ersten Male eine Heimstatt fanden. Der Mehrheit der Wissenschaftler mußte zunächst geholfen werden, ihr Unkenntnis der weltverändernden Lehre von Marx, Engels und Lenin, bzw. ihre Voreingenommenheit gegen sie zu überwinden. Sowjetische Verlage gaben in deutscher Sprache die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus neu heraus, die am 16. Mai 1933 auf dem Opernplatz in Berlin verbrannt worden waren. Das waren zugleich lebenswichtige ge-

spielte im Prozeß des Umdenkens eine bedeutsame Rolle. Viele junge Menschen hörten zum ersten Male aus dem Munde sowjetischer Soldaten und Offiziere die Namen von Heinrich Heine, Erich Weinert und Johannes R. Becher. Das war für ihre eigene Bewußtseinsbildung, für ihre Haltung zu den sowjetischen Soldaten und Offizieren von grundsätzlicher Bedeutung.

Sowjetische Erfahrungen standen auch Pate bei der Berechnung des alten bürgerlichen Bildungsprivilegs, bei der Einführung der Vorstudienanstalten und ihre spätere Überführung in Arbeiter- und Bauern-Fakultäten.

Eine andere wesentliche Seite der internationalistischen Unterstützung und Bestandteil des großen antifaschistisch-demokratischen Umdenkungsprozesses im Bereich des Hochschulwesens stellte das Wirken sowjetischer Offiziere als Propagandisten und Lektoren dar. Dank ihres großen politischen Wissens und ihrer tiefen Menschenkenntnis konnten sowjetische Offiziere nicht wenigen Wissenschaftlern und Studenten ihren Weg und Platz beim Neuaufbau der Gesellschaft zeigen. Besonders umsichtig, erinnert sich S. J. Tjulpanow, 'mußte unsere Hilfe bei den Wissenschaftlern und Kulturschaffenden angewandt werden. Es konnten ideologische Diskussionen über die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie auf verschiedenen Gebieten der Wissenschaft und Kultur nur mit hochqualifizierten Referenten an Universitäten und Organisationen der Intelligenz geführt werden.'² Sowjetische Dozenten und Lektoren hielten in den Jahren 1946 bis 1949 in der sowjetischen Besatzungszone über 6000 Vorträge vor mehr als 2,5 Millionen Hörern. Einen tiefen Eindruck hinterließen an der Universität Leipzig u. a. die Vorträge von Leutnant Nikolajew über 'Das Staatswesen in der Sowjetunion' im Oktober 1947, von Hauptmann Bravermann über 'Die historische Bedeutung der Oktoberrevolution' im November 1947, von Major Romm über 'Die Freiheit der Persönlichkeit in der Sowjetunion' im Januar 1948 und von Major Patent über 'Idealismus und Materialismus', 'Der marxistisch-philosophische Materialismus', 'Fragen der marxistischen Erkenntnistheorie' und 'Die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte' im Januar 1949. Diese inzwischen berühmt gewordenen Vortragsreihe von Major Patent war für die Mehrheit der 20 000 Hörer in der Leipziger Kongreßhalle eine erste und zugleich eindrucksvolle Begegnung mit der marxistisch-leninistischen Philosophie, die der Vortragende überzeugend, polemisch und zum Studium anregend darzulegen verstand. Seine Vorträge waren eine offene und unübersehbare Niederlage der bürgerlichen Ideologie und ihrer Repräsentanten.

Neben der mündlichen Propagierung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie halfen erste sowjetische Hochschullehrbücher wie z. B. auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft die Geschichte des alten Orient, die Geschichte des Mittelalters, die Ausbildung auf einer soliden materialistischen Basis zu gestalten. Eigene Hochschullehrbücher besaß das junge antifaschistisch-demokratische Hochschulwesen zu dieser Zeit noch nicht. Die Aufgaben und Themen, mit denen sich das Wirken der sowjetischen Bildungs- und Kulturoffiziere verband, war ebenso vielfältig wie das Leben und der Kampf an den Universitäten und Hochschulen in jenen Jahren selbst. Obwohl die Klärung der grundlegenden hochschulpolitischen Grundfragen der antifaschistisch-demokratischen Entwicklung im Blickpunkt der Aufmerksamkeit stand, wurde auch den Fragen der persönlichen Hilfe und Unterstützung, des Streitgesprächs und der persönlichen Unterhaltung mit Wissenschaftlern und Studenten ebenso große Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei war es den

ZUM AUSSCHNEIDEN

FRAGEN, DIE UNS BEWEGEN

Erstens: die Totalität der Massenvernichtungswaffen erzwingt in Verbindung mit dem neuen Kräfteverhältnis in der Welt in entscheidendem Maße die zunehmende Apenkennung der friedlichen Koexistenz auch durch die imperialistischen Hauptmächte als die einzige Alternative zum totalen Vernichtungskrieg. Damit wurde aber auch die Fragwürdigkeit des weiteren Abbaus zumindestens im Bereich nuklearer Waffensysteme für führende Kreise auch in den USA offenkundig. Aus dieser Erkenntnis heraus waren einflussreiche Kreise in den USA bereit, mit der Sowjetunion auf deren Initiative SALT I-

mit ungeheuren infrastrukturellen Notständen in den kapitalistischen Staaten, gekennzeichnet durch zunehmende 'öffentliche Armut', Krisenerscheinungen und tiefgreifenden Misere in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, bewirkte in einer Reihe imperialistischer Staaten eine weitere Zuspitzung der sozialen Spannungen. Sie zwangen die imperialistischen Staaten ebenfalls, auch um innenpolitischen Entwicklungen vorzubeugen, die für die Aufrechterhaltung ihrer Herrschaftssysteme bedrohlich werden könnten, in bestimmten Umfang auf die Vorschläge der sozialistischen Staaten zur RQ-

Abrüstungsverhandlungen - reale Chancen?

Von Dr. Siegfried Zeimer, IIS / 2. Teil

und SALT II-Verhandlungen zu führen und Vereinbarungen über ein bestimmtes Maß an Rüstungsbegrenzungen im Bereich strategischer nuklearer Waffen zu treffen.

Zweitens: das reale Kräfteverhältnis zwang Teile der Monopolkapitalisten und deren politische Repräsentanten zu der Erkenntnis, daß eine politische Entspannung, wie sie durch die Schlußakte von Helsinki dokumentiert worden ist, durch konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der militärischen Entspannung begleitet sein müssen. Zumal das von den Rüstungsmonopolen eskalierte Wettrennen nicht wie erhofft dazu führte, die sozialistischen Staaten ökonomisch in die Knie zu zwingen. Es bewirkte im Gegenteil vielmehr eine weltweite Erschütterung des Gesamtgefüges des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und damit eine Gefährdung des imperialistischen Herrschaftssystems überhaupt.

Diese Entwicklung sowie der unbeirrbare Kampf der Friedenskräfte unter Führung der Sowjetunion erzwangen daher erste Schritte auf dem Weg einer Rüstungsbegrenzung und einer Reduzierung von Streitkräften in Mitteleuropa, an der Nahtstelle beider Welt-systeme.

stungsbegrenzung einzugehen. Gleichzeitig zwingen die wachsenden ökonomischen Krisenerscheinungen die imperialistischen Staaten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und teilweise auch zu Kooperation mit den sozialistischen Ländern.

Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit stärkt ihrerseits wiederum die ökonomische Basis der friedlichen Koexistenz.

Die Erfahrungen des bisherigen Kampfes um die Abrüstung lehren eindeutig: Die Forderung imperialistischer Politiker in die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und schließlich zur Abrüstung wächst in dem Maße, wie ihre Versuche, militärische Gewaltmittel zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen international einzusetzen, immer aussichtsloser werden und diese Entwicklung auch durch ein noch so exorbitantes Wettrennen nicht zu ändern ist, für die innere Stabilität des Imperialismus daraus aber ernste Folgen erwachsen. Darin liegt eine große Chance für die Friedenskräfte und zugleich ihre Verpflichtung, allen für die weitere Stärkung des real existierenden Sozialismus, also auch für die Erhöhung seiner Verteidigungskraft zu tun. Diese Überlegungen erhalten gerade auch in Vorbereitung auf den 30. Jahrestag der NVA besonderes Gewicht. (1. Teil siehe UZ vom 16. 1. 1976)

ARGUMENTE, DIE WIR BRAUCHEN



Der anglo-amerikanische Luftterror führte auch zur Vernichtung zahlreicher Gebäude der Leipziger Universität. Foto oben: Hof der Universität mit dem Leibniz-Denkmal.

sowjetischen Bildungs- und Kulturoffizieren klar, daß es ein Fehler sein würde, wenn man sich das Ziel stellte, aus allen Wissenschaftlern und Kulturschaffenden Kommunisten und Marxisten zu machen... der Ariadnefaden in dieser Hinsicht waren das Potsdamer Abkommen und unsere Überzeugung', schreibt S. J. Tjulpanow, 'daß man, wenn man existiert und ohne Dogmatismus die Grundlagen des Marxismus darlegt, dies unvermeidlich eine Wirkung auf die Festigung der demokratischen Weltanschauung haben muß.'³

derem reaktionärem Gedankengut war stets verbunden mit der Hilfe und kameradschaftlichen Zusammenarbeit zur Bildung und Erziehung im Geiste des Friedens, des Humanismus, der Demokratie und der Freundschaft mit der Sowjetunion. Die Offiziere der SMAD wirkten als Repräsentanten und Beauftragte ihres sozialistischen Staates. Viele von ihnen, besonders aus der Verwaltung für Volksbildung und der Informationsverwaltung, waren hervorragende Wissenschaftler, von der Partei Lenins erzogen und im Kampf gestählte Marxisten. Ihre Befehle waren Dokumente revolutionärer demokratischer Gesetzmäßigkeit, die in völliger Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen und dem revolutionär-demokratischen Kampf der deutschen Antifaschisten und Kommunisten standen. Mit der Arbeit der SMAD auf dem Gebiet der Wissenschaft, Ideologie und Kultur wurden entscheidende Grundfragen zur Errichtung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern geklärt und Grundpositionen ihres Übergangs in die Diktatur des Proletariats vorbereitet. Es gebührt zu den unverglichenen Verdiensten der SMAD, daß unter ihrer Obhut und vielfach von ihr auch initiiert, sich bereits in der antifaschistisch-demokratischen Phase der volksdemokratischen Revolution im Osten Deutschlands Elemente des Sozialismus herausbildeten, die die antifaschistisch-demokratische Ordnung stärkten und ihr Wesen weiter

ausprägten. 'Und je fester die antifaschistisch-demokratische Ordnung wurde, desto mehr wurde die Tätigkeit der SMAD abgebaut. Das entsprach dem Wesen der Hilfe, wie sie ein sozialistisches Land gibt.'⁴

Die in der Zeit von 1943 bis 1949 in erbittertem Klassenkampf gegen vielfältige politische und ideologische Einwirkungen des imperialistischen Klassenzweigners im Bereich des Hoch- und Fachschulwesens erreichten Ergebnisse und errungenen Positionen waren eine zuverlässige Grundlage für die nun auf der Tagesordnung stehende sozialistische Umgestaltung.

Anmerkungen:
1 Markov, W.: Vom neuen Beginnen. In: Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität vom 10. Mai 1973
2 Tjulpanow, S. L.: Die Hilfe der Sowjetunion bei der demokratischen Neugestaltung deutscher Wissenschaften und Kultur nach 1945, in: Deutschland - Deutschland. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit, Berlin 1966, S. 107.
3 Ebenda
4 Zum 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Interview mit S. I. Tjulpanow und Fred Oeffner, Wirtschaftswissenschaft, 23. Jg., 1975, H. 5, S. 647.

Fortsetzung Teil 3 in der UZ vom 30. Januar 1976:
Auf dem Weg zur sozialistischen Universität 1949-1961/62.